

BUNDESKANZLER NEHAMMER: „EUROPÄISCHES ASYLSYSTEM FUNKTIONIERT NICHT – EU MUSS ENDLICH HANDELN“

Aktuelle Zahlen belegen, dass Österreich zurzeit mit einem **steigenden Migrationsdruck konfrontiert** ist: Bis Ende Juni wurden **rund 31.000 Asylanträge** verzeichnet. Das ist **ein Plus von 185 Prozent** zum Vergleichszeitraum im Vorjahr. Österreich trägt damit im EU-Vergleich (pro 100.000 Einwohner) die zweitgrößte Last nach Zypern, **noch vor Malta, Griechenland und Deutschland**. Rund **80 Prozent** der Asylwerber kommen laut Experten über **Schlepper** nach Europa. Der **Ukraine-Krieg hat dieses Geschäft weiter befeuert**. Die organisierte Kriminalität nutzt das Leid der Menschen aus, um damit ihre Geschäfte zu machen. **Österreich hat bisher rund 80.000 Vertriebene aus der Ukraine aufgenommen**.

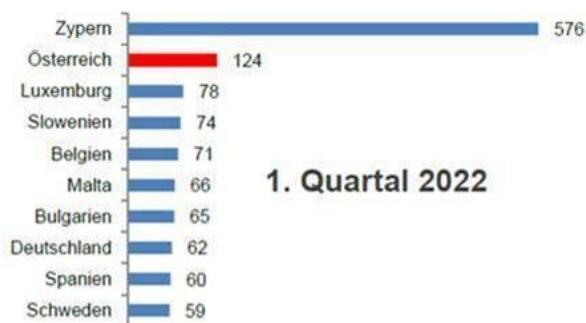
Bundeskanzler Nehammer übt im Vorfeld seiner Reise in den Libanon scharfe **Kritik am Nichtfunktionieren des europäischen Asylsystems** und **fordert die EU zum Handeln** auf. Der Libanon ist eines der Länder mit den größten Flüchtlingslagern. Im Vergleich zur Einwohnerzahl hat der Libanon weltweit am **meisten Flüchtlinge aufgenommen**. Valide Zahlen gibt es nicht, da nicht alle Menschen registriert wurden. Schätzungen gehen davon aus, dass es sich um in etwa **2 Millionen Flüchtlinge** handelt. Viele der irregulären Migranten ziehen nach Europa und Österreich weiter. Dies könnte durch **drohende Hungersnöte in Afrika** weiter befeuert werden. Im Hinblick auf die Rationierungsmaßnahmen des World Food Programmes sei es das Ziel, den österreichischen Beitrag auf rund 20 Mio. € pro Jahr zu erweitern. Man müsse hier flexibel bleiben. **Das World Food Programm ist unsere einzige Möglichkeit, große Fluchtursachen zu bekämpfen**. Zudem sei es unerlässlich, dass die EU in diesem Bereich gemeinsam vorgehe. Die **Lage ist mittlerweile ernst** und für Österreich nicht mehr bewältigbar. Zwar setze Österreich alle Maßnahmen, die ein Nationalstaat ergreifen kann, beim **EU-Außengrenzschutz und der strategischen Zusammenarbeit** mit den Herkunftsländern sei man aber auch auf die **Unterstützung der Europäischen Kommission** angewiesen, so der Bundeskanzler. Es brauche endlich ein **effektives und handlungsfähiges Mandat für die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX**. Die Aufstockung des Personals alleine löse keine Probleme, es braucht ein stärkeres Mandat.

Bundeskanzler Nehammer: *„Während der Scheinwerfer der Aufmerksamkeit der europäischen Politik und Öffentlichkeit auf dem Krieg in der Ukraine liegt nutzen Kriminelle und Schlepper die Situation brutal aus. Sie bauen ihr Geschäftsmodell im Schatten des Krieges aus und locken Menschen mit falschen Versprechungen nach Europa. Asyl und Wirtschaftsmigration werden miteinander vermischt und unsere Systeme werden damit missbraucht. Das gefährdet den sozialen Frieden im Land und schwächt das System für tatsächlich Verfolgte oder Vertriebene, wie etwa die Menschen aus der Ukraine, von denen Österreich bislang 80.000 aufgenommen hat.“*

„Nicht nur Wirtschaftsflüchtlinge, sondern auch Kriminelle mischen sich unter die irregulären Migranten. Deshalb braucht es einen robusten Außengrenzschutz und ein viel stärkeres Mandat für die FRONTEX-Beamten vor Ort. Denn wir haben ein Recht, zu wissen, wer zu uns kommt. Dafür braucht es ordentliche Kontrollen, Registrierungen und Verfahren bereits an der Außengrenze. Das ist eine Herausforderung für die Sicherheit der gesamten Europäischen Union. Die Politik des Weiterwinkens ist keine Lösung.“

„Wir tun in Österreich alles, um uns zu schützen. Aber die einzige echte Lösung liegt auf europäischer Ebene. Es braucht endlich ein neues Asylsystem in ganz Europa. So wie es bisher war, kann und darf es nicht weitergehen. Es kann nicht sein, dass Wirtschaftsmigration und Flucht vermischt werden. Dass viele sich einfach auf den Weg machen, ohne Chance tatsächlich jemals Asyl zu bekommen.“

„Ich werde die angespannte Situation in den nächsten Tagen auch bei meinen Terminen mit den Amtskollegen in Zypern offen und klar ansprechen. Gerade Zypern hat mit einer massiven Pro-Kopf-Belastung ebenso viel zu stemmen. Wir müssen gemeinsam Druck machen, damit sich endlich etwas ändert.“



EU-Vergleich: pro Kopf Belastung der
Asylanträge (pro 100.000 Einwohner)